

Antrag der Fraktion DIE LINKE

Buslinien erhalten, bis Alternativen geschaffen sind – Bremen-Nord nicht abhängen!

Mit dem Winterfahrplan 2016/2017 wird in Bremen-Nord die Buslinie 87 der Bremer Straßenbahn AG (BSAG) eingestellt. Weitere Einschränkungen des Busverkehrs in Bremen-Nord sollen ab dem Winter 2017/2018 greifen. So sollen die Buslinien 96 und 97 gestrichen werden; die Linie 88 soll generell nicht mehr über Bahnhof Aumund fahren.

Begründet wird dies mit Kosteneinsparungen und der geringen Fahrgastauslastung. Letztere kann aber nicht ohne Weiteres das ausschlaggebende Argument sein. Denn der öffentliche Nahverkehr hat auch einen Versorgungsauftrag. Er muss sicherstellen, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre Mobilitätsrechte verwirklichen können.

Wenn die Linienplanung und die Taktzeiten sich zunehmend danach richten, wo die Fahrgastzahlen hoch sind, dann findet automatisch ein Abhängen von bestimmten Ortsteilen und sozialen Gruppen statt. Es greift eine Tendenz der Gentrifizierung des öffentlichen Nahverkehrs. Das aber widerspricht seinem Auftrag.

Viele Bürgerinnen und Bürger in Bremen-Nord müssen die Erfahrung machen, dass Haltestellen, die für sie wichtig sind, nicht mehr angefahren werden. Ihre Mobilität wird eingeschränkt. Ihre Wohnregion oder ihre Zielstationen (u. a. die Seniorenheime!) werden als weniger wichtig eingestuft. Diese Entwicklung ist äußerst problematisch und widerspricht dem vielzitierten Anspruch, sich in allen Bereichen gegen soziale Spaltung einsetzen zu wollen.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

1. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, die Linie 87 zu erhalten, bis Alternativen geschaffen sind, durch die Einschränkungen für die Mobilität der Nutzerinnen und Nutzer vollständig vermieden werden.
2. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, die für die Linie 87 versprochenen Ausgleichsmaßnahmen für besonders betroffene Kundengruppen zusammen mit der BSAG und den Beiräten in Bremen-Nord zu konkretisieren, umzusetzen und der Stadtbürgerschaft bis 31. Dezember 2016 darüber zu berichten.
3. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, die weiteren vorgesehenen Einschränkungen von Buslinien in Bremen-Nord, die zu einem späteren Zeitpunkt greifen sollen, ebenfalls zurückzustellen, bis Alternativen geschaffen sind, durch die Einschränkungen für die Mobilität der Nutzerinnen und Nutzer vollständig vermieden werden.

Claudia Bernhard, Cindi Tuncel,
Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE